

25. Juni 2007. Jerusalem und Ramallah.

Dr. Rolf Mützenich, Mitglied des Deutschen Bundestages, traf hochrangige palästinensische Entscheidungsträger – unter ihnen Premierminister, Finanz- und Außenminister Dr. Salam Fayyad – um neue Informationen für die sozialdemokratische Außenpolitik zu gewinnen.



Premierminister Dr Salam Fayyad und MdB Dr. Rolf Mützenich

Während seiner Reise in der Region beriet er sich mit Fatahmitgliedern, Mitgliedern der Palästinensischen Nationalen Alternative (Al-Mubdara) und unabhängigen Politikern. Dr.

Mützenich betonte während seines Treffens mit Premierminister Dr. Fayyad das Interesse Deutschlands an einer Stabilisierung des Nahen Osten. Als erster SPD-Politiker, der sich mit Dr. Fayyad traf, machte er klar, dass sich die SPD einem konstruktiven multilateralen Dialog verpflichtet fühlt.

Präsident Mahmoud Abbas Entscheidung, die Nationale Einheitsregierung aufzulösen und eine Notstandsregierung zu bilden, ist die jüngste Entwicklung in einem langwierigen Konflikte, der multilaterales Engagement erfordert. Multilateralismus hat dabei für die SPD und Dr. Mützenich – einem langjährigen Mitglied des Auswärtigen Ausschusses – absolute Priorität. Gespräche mit palästinensischen Politikern und führenden Denkern erläuterten die Zusammenhänge und wiesen sowohl auf die positiven als auch auf die negativen Auswirkungen hin, die politische Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft auf die Region haben können.

Die Aussetzung der internationalen Finanzhilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde aufgrund des Wahlsieges der Hamas im Januar 2006 führte zur Isolation der Palästinensischen Autonomiegebiete und erschwerte den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt in der Region. Aber auch interne Zerwürfnisse innerhalb der palästinensischen Führung haben zur jetzigen Situation beigetragen, die von gewalttätigen Auseinandersetzungen im Gazastreifen und darauf folgenden Auflösung der Einheitsregierung geprägt wurde. An diesem Scheideweg, so Dr. Mützenich, muss die internationale Gemeinschaft wieder aktiv eingreifen, um eine weitere Verschlechterung der Situation zu verhindern.

Vertreter der Fatah und unabhängige Politiker wiesen Dr. Mützenich auf die Gefahren einer dauerhaften politischen Teilung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen hin. Während die Mitglieder der Fatah verlangten, die Hamas müsse ihre Aktionen im Gazastreifen wieder rückgängig machen, stellten andere fest, dass der Konflikt nicht intern von den betroffenen Parteien gelöst werden könne. Weitere Fortschritte im Friedensprozess sind abhängig von den Entscheidungen Israels, der benachbarten arabischen Staaten, der USA und Europas.

Hinsichtlich der bedeutenden Rolle der internationalen Gemeinschaft fragte Dr. Mützenich seine Gesprächspartner, was sie von ihr und im speziellen von Deutschland erwarten. Der Generalsekretär der Palästinensischen Nationalen Alternative (Al-Mubdara) bezweifelte den Nutzen einer militärischen Intervention im Gazastreifen und erläuterte die Notwendigkeit durchdachter politischer Lösungen. Politiker der Fatah forderten die internationale Gemeinschaft auf, die Entscheidungen des Präsidenten Abbas zu unterstützen. Gleichzeitig müsse mehr Druck auf Israel ausgeübt werden, um den Palästinensern Mobilität innerhalb der Westbank zu ermöglichen und ein Ende der israelischen Siedlungspolitik herbeizuführen.